

Ulrich Rospleszcz

Das neue Europa Geschichte, Chancen und Visionen



„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“ (Konrad Adenauer 1954 – aus seiner Rede als Karlspreisträger). Jahrhunderte lang war Europa zerrissen zwischen widerstreitenden Mächten. In zwei schrecklichen Weltkriegen entlud sich der Hass der Nationen. Ein vereintes Europa schien unvorstellbar. Doch die Utopie wurde Wirklichkeit; zunächst im Westen mit der Bildung der EWG und später mit der EG. 15 Jahre nach dem Mauerfall folgen nun die Länder des Ostens. Die EU-Erweiterung auf 25 Länder könnte der Beginn eines „modernen Märchens“ werden.

Die Festlichkeiten am 1. Mai 2004 anlässlich der Aufnahme der zehn neuen Länder haben einerseits die pure Freude und die Großartigkeit dieses Schrittes gezeigt, aber andererseits die Befürchtungen vor einem Wohlstandsknick nicht gemindert. Bertie Ahern, der amtierende EU-Ratspräsident, brachte die Stimmung auf einen Nenner: „Heute schenken wir unseren Kindern die größte Europäische Union in der Geschichte. Mögen sie und ihre Kinder daraus in Zukunft das Beste machen“. Weiter bilanzierte er: „Aus Krieg haben wir Frieden geschaffen, aus Hass Achtung, aus Teilung Einigung, aus Diktatur und Unterdrückung lebendige und stabile Demokratien, aus Armut Wohlstand“. Für diesen Tag sollten alle Probleme und Herausforderungen, die sich mit einer Gemeinschaft von 25 Staaten verbinden, vergessen sein. Dies gelingt allerdings schon nicht, als beim offiziellen Fototermin auch der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan mit aufs Podest gebeten wird. Dadurch wird ein weiteres Problem der EU-Erweiterung wortlos annonciert. Was ist Europa? Wer gehört zu Europa?

Europa – mehr als die EU!

Hatte man noch vor 15 Jahren einen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen nach dem Begriff Europa gefragt, so hatte man erstaunliche Antworten erhalten. Für viele Westdeutsche endete Europa an der Elbe, d.h. für sie existierte Europa nur in Form der Europäischen Gemeinschaft. Alles, was damals noch zum existierenden sowjetisierten Ostblock gehörte, war in diesem Bewusstsein nicht mehr Europa. Städte wie Warschau, Wilna, Riga, Tallinn waren fremd und schwer erreichbar, während man Paris, London, Rom oder sogar New York häufig schon selbst besucht hatte, weshalb sie viel „näher“ erschienen als die zuerst genannten. In dieser Wahrneh-

Die Spaltung Europas zeigt die Auswirkungen des Kalten Krieges und der jahrzehntelangen Spaltung des Kontinents. Dabei ist Europa mehr als Westeuropa oder die EU. Geografisch wird Europa zumeist auf das Gebiet zwischen dem Atlantik und dem Gebirge Ural, dem gleichnamigen Fluss sowie dem Kaukasus bezogen. Diese geografische Linie teilt auch Russland in eine europäische und asiatische Region. Manche Geografen sehen in Europa einen „Wurmfortsatz“ des riesigen asiatischen Kontinents. Europa ist im geomorphologischen Sinne mehr ein Erd-Teil, kein Kontinent wie Amerika oder Afrika. Zudem existiert Europa seit Herodots Antithese von Orient und Okzident in Abhängigkeit von der jeweiligen Definition Asiens, das gleichermaßen sowohl am Finnischen Meerbusen als auch am Bosphorus lokalisiert wird. Ob Russland zu Europa oder zu Asien gehört oder eine dritte, ganz eigene Region darstellt, wird seit dem 15. Jahrhundert leidenschaftlich debattiert. Auch bleibt bis heute umstritten, weshalb im Gegensatz zu Weißrussland, der Ukraine und Russland die Zugehörigkeit der baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen zu Europa für jedermann geklärt scheint. Wenn die Geschichte Europas die Geschichte seiner Grenzen ist, dann führt die Frage nach den Grenzen zur Frage nach den Menschen. Wer ist Europäer?

Ganz einfach, könnte man antworten: einer, der in den Grenzen Europas geboren ist und sich zudem einer europäischen Sprache bedient. Doch eine europäische Sprache gibt es eben nicht. Hierin präsentiert sich Europa ausgesprochen vielfältig. Es gibt über 60 Sprachen, die sich zwar einigen wenigen großen Sprachengruppen zuordnen lassen – eine gesamteuropäische Sprachidentität existiert jedoch nicht. Tatsächlich nahm das Bewusstsein europäischer Gemeinsamkeiten immer dann zu, wenn sich eine Sprache als Gemeingut der europäischen Bildungsschichten durchsetzen konnte, sei es das Lateinische als Sprache der Theologen und Gelehrten im Mittelalter und erneut in der Renaissance, sei es das Französische als Sprache des Adels und der Diplomaten seit dem Zeitalter des Absolutismus oder das

*Mauerbau am 13. August 1961:
Europa wird in zwei Blöcke getrennt –
28 Jahre lang*



Englische als „lingua franca“ der Welt seit dem Zweiten Weltkrieg. Trotz aller Bildungsbestrebungen, Reisemöglichkeiten und zunehmender Internationalität vieler Lebensbereiche zählen nach wie vor die innereuropäischen Sprachbarrieren zu den wichtigsten Hindernissen für den Versuch, Menschen aus dem gesamten europäischen Raum zu gesamteuropäischem Wirken zu bestimmen. Im Sinne der europäischen Einigung wäre zu wünschen, dass sich diese Entwicklung hin zu einer einzigen gemeinsamen Verkehrssprache noch verstärkte. Im Europäischen Parlament werden jetzt 20 verschiedene Sprachen gesprochen.

Europa hat auch viele religiöse Gruppen aufzuweisen. Innerhalb der katholisch, evangelisch und orthodox geprägten Staaten bestehen aber diverse weitere Gruppen, zum Beispiel griechisch-orthodoxe, evangelisch-lutherische, protestantisch-calvinistische, anglikanische usw. Mit wenigen Ausnahmen in Südosteuropa kann man jedoch von einer christlichen Wurzel ausgehen, welche die Völker Europas bis heute in ihren Wertvorstellungen und Verhaltensweisen prägt. Somit lässt sich feststellen, dass es trotz großer Verschiedenheiten zwischen den Staaten und Völkern Europas viele gemeinsame Entwicklungen gab, die außerhalb Europas kaum anzutreffen waren.

Die politische Entwicklung Europas

„Es gibt heute keine Franzosen, Deutsche, Spanier und selbst keine Engländer mehr, es gibt nur noch Europäer“, behauptete Jean Jacques Rousseau 1772 und meinte dies nicht positiv: Die Angehörigen aller europäischen Nationen hielt er für gleich schlecht, geeint in denselben Neigungen, Leidenschaften und Sitten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, das der Welt Nationalstaat und Nationalismus beschert hatte, schienen die Europäer ausgestorben. Und Kurt Tucholsky verzweifelte anfangs der dreißiger Jahre darüber, dass man „stolz darauf sei, Deutscher zu sein, Engländer zu sein, Franzose zu sein, Italiener zu sein, kein Deutscher zu sein, kein Engländer zu sein, kein Franzose zu sein, kein Italiener zu sein“. Der flämische Adelige Richard Coudenhove-Kalergi (1. Karlspreisträger 1949 – der Karlspreis erinnert an Karl den Großen, der als erster Europäer gilt) gründete 1923 die Paneuropa-Bewegung und verbreitete damit die Europa-Idee. Bei all diesen Europa-Gruppierungen herrschte im Allgemeinen Einigkeit darüber, dass sich Europa stärker zusammenschließen müsse, wobei aber über Wege und Inhalte gestritten wurde. Einen Höhepunkt erlebte die Idee der europäischen Einigung 1930 mit dem Vorschlag des



französischen Außenministers Aristide Briand, eine „Europäische Föderale Union“ aus allen europäischen Staaten mit Ausnahme der kommunistischen Sowjetunion und der islamisch geprägten Türkei zu bilden. Wie bekannt erscheint uns heute dieser Plan! Übertriebener Nationalismus und Rassismus zerstörten aber schnell dieses Vorhaben. Europa wird von einem der schlimmsten und grausamsten Kriege zwischen 1939 bis 1945 überzogen, dessen Folgen für Millionen Menschen nachhaltig über Generationen hinweg spürbar waren und noch sind. Die desolate Wirtschaftslage am Ende des Zweiten Weltkriegs war vor allem dafür verantwortlich, dass sich Europa wieder enger zusammenschließen musste. Obwohl der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 mit verblüffender Ehrlichkeit „von einem Sprung ins Ungewisse“ sprach, als er der Weltpresse den Plan einer Montanunion zwischen Frankreich und Deutschland vorstellte, gilt dieses Vertragswerk heute als Fundament für die spätere Herausbildung der Europäischen Gemeinschaft. Fast enthusiastisch zu nennender Beifall kam nach einer kurzen Phase anfänglichen Zögerns von amerikanischer Seite für den Schuman-Plan. Wegen des Kalten Krieges und der Spaltung Europas in eine westliche Gruppierung unter Führung der USA und eine östliche unter der Kontrolle der Sowjetunion, kamen nur die westlich orientierten Staaten Europas für einen Einigungsprozess unter demokratisch-freiheitlichem Vorzeichen in Frage. Die europäische Bewegung setzte anfangs vor allem auf eine Veränderung des Denkens der europäischen Völker. Eine Heimstatt fanden diese Gedanken im Europarat, der am 5. Mai 1949 von zehn westeuropäischen Staaten in London gegründet wurde. Die Bundesrepublik Deutschland trat ihm im Juli 1950 bei. Der Europarat verstand sich von Anfang an als Instanz, die Intoleranz und Verletzung grundlegender Menschenrechte weltweit diskutieren und verurteilen sollte. Ein eigens dafür zuständiger Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte sollte diese Grundrechte in den Mitgliedsstaaten sichern, diesbezügliche Urteile waren bindend. 1951 wurde der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) unterzeichnet. Er bildete den Ausgangspunkt für alle weiteren Bemühungen um die europäische Einigung. Im März 1957 kam es zu einem weiter reichenden Einigungsschritt in den Römischen Verträgen. Sechs Staaten (Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik Deutschland) schlossen sich zu einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. Primäres Ziel dieser EWG war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes ohne Handelshemmnisse. Erst 1967 wurde durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) dieses Ziel in einigen Punkten erreicht. Beim Handel zwischen den sechs beteiligten Staaten wurden die Zölle gesenkt und der Warenaustausch nahm zu. Die Länder begannen einen gemeinsamen

Wirtschaftsmarkt vor allem im Bereich der Landwirtschaft zu errichten. 1973 trat Großbritannien zusammen mit Irland und Dänemark dem gemeinsamen Markt bei. Der innere Ausbau der EG zu einer echten Wirtschaftsgemeinschaft schritt weiter voran. 1978 beschlossen die neun Mitgliedsstaaten die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (EWS), das die Wechselkursschwankungen zwischen den Währungen der Gemeinschaft reduzieren sollte. Der ECU (European Currency Unit) wurde als EG-interne Verrechnungseinheit benutzt und war somit Vorläufer des heutigen Euro. Die EG sicherte sich ihre Einnahmen aus Zöllen, BSP-Eigenmitteln und Mehrwertsteueranteilen. Gleichzeitig wurde ihre demokratische Basis verbreitert. 1979 fanden erstmals direkte Wahlen zum Europäischen Parlament statt, dessen Abgeordnete bisher nur Abgesandte der nationalen Parlamente gewesen waren. Nach der Nordwest-Erweiterung der EG 1973 dehnte sie sich 1981 und 1986 nach Südeuropa aus. 1981 trat Griechenland bei und fünf Jahre später stießen die beiden iberischen Länder Portugal und Spanien dazu. Durch die Mitgliedschaft wollte die EG die noch jungen Demokratien an sich binden und deren wirtschaftliche Entwicklung unterstützen. 1987 gelang der EG mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ ein bedeutsamer Reformschritt. Bis 1992 sollten ein einheitlicher EG-Binnenmarkt verwirklicht und restliche Handelshemmnisse beseitigt werden. Der Kapitalverkehr wurde liberalisiert, Arbeitnehmer konnten ihre Arbeitsplatzwahl und ihren Wohnsitz innerhalb der EG frei wählen. Gleiches galt für Firmensitze. Durch den Wegfall der deutschen Teilung und des Zusammenbruches des kommunistischen Machtbereiches wurden der EG bedeutende innere Entwicklungsschübe beschert. Der Maastrichter Vertrag von 1992 begründete im Jahr 1993 die Errichtung der Europäischen Union (EU), die der EG und deren wirtschaftlicher Basis eine enge Zusammenarbeit der Regierungen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in Innen- und Justizfragen hinzufügte. Diese Politik wurde mit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 noch verstärkt. Auch das Europäische Parlament erhielt dadurch mehr Kompetenzen. Eine zentrale Entscheidung betraf die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung, den Euro. Der Euro ist seit 1999 die alleinige Währung für den Zahlungsverkehr zwischen den EU-Staaten und seit 1. Januar 2002 in zwölf Ländern Zahlungsmittel (Ausnahme: Großbritannien, Dänemark, Schweden).



Der gemeinsame Markt europäisiert das Konsumverhalten: Werbung für Produkte aus Nachbarländern von 1964.

D. Schridelbeck: Marken, Moden und Kampagnen. Illustrierte deutsche Konsumgeschichte, S. 49.

Zu erwähnen ist noch die Erweiterung 1995 um die Länder Österreich, Schweden und Finnland. Diese relativ wohlhabenden Staaten wollten auch von den Vorteilen des Binnenmarktes profitieren. Somit gehören seitdem zur Europäischen Union mit 15 Staaten fast alle Länder des ehemals westlichen und demokratischen Europa. Nur die Schweiz, Norwegen und Island fehlen, da deren Bewohner (nicht deren Regierungen) glauben, ihre Wirtschaftsinteressen besser allein vertreten zu können. Bei Island geht es dabei um die Fischereiwirtschaft, bei Norwegen um dessen Ölabsatz und bei der Schweiz um ihre Rolle als Finanz- und Bankenzentrum, aber auch die große wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft.

Osterweiterung

In der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses hat es bisher nur Erweiterungsschübe um höchstens drei Staaten gegeben. Deren Wirtschaftssysteme waren im Kern immer marktwirtschaftlich ausgerichtet und dem Westen zugewandt. Mit der Aufnahme der zehn Neuen tritt die EU in eine schwierigere, aber auch spannende Phase. Geografisch handelt es sich bei den Beitrittsländern überwiegend um „Zwischeneuropa“, also um einen Staatengürtel, der im Baltikum beginnt und bis ins östliche Mittelmeer (Malta, Zypern) reicht. Quantitativ und qualitativ ergeben sich für die EU gewaltige Herausforderungen. Die zehn neuen Mitgliedsländer erreichen oft nicht einmal 50 Prozent der durchschnittlichen Wirtschaftsleistung pro Einwohner in der EU. Es handelt sich also um überwiegend ärmere, zum Teil noch stark agrarisch geprägte Volkswirtschaften mit hohem Entwicklungs- und Finanzbedarf. Die meisten dieser Staaten gehörten bis 1990 zum sowjetischen Einflussbereich mit einem planwirtschaftlichen System. Die EU-Außengrenze verlagert sich weit nach Osten und ist im Baltikum sogar die Westgrenze Russlands. Im Falle Zyperns kommt noch erschwerend hinzu, dass die Insel seit 1974 in einen türkischen Norden und einen griechischen Süden geteilt ist. Die EU-Osterweiterung stellt die EU also in mehrfacher Hinsicht vor neue Aufgaben: sowohl in Bezug auf die Finanzen und die Institutionen der EU sowie deren Funktionsfähigkeit, als auch auf die Ausgleichs- und Kompromissfähigkeit innerhalb der heute bestehenden EU. Letztlich stellt sich dadurch die Frage, welchen Charakter die EU in Zukunft haben möchte, welche Aufgaben sie sich selbst zutraut, welche nur in den Einzelstaaten gelöst werden können und welches Verhältnis die EU zu anderen Großmächten wie den USA und Russland anstrebt.

Chancen und Befürchtungen durch die Osterweiterung

Und wenn die Osterweiterung der EU zum wirtschaftlichen Desaster wird? Wenn gerade die deutsche Wirtschaft, die schon die Kosten der Wiedervereinigung kaum stemmt, sich an einer weiteren finanziellen Last vollends verhebt? Solche Ängste haben derzeit Hochkonjunktur. Zwei von drei Deutschen, so ergab im April eine Umfrage des Allensbach-Institutes, sehen im Beitritt der zehn Länder zur EU mehr Risiken als Chancen für die Bundesrepublik. Nur jeder siebte Deutsche kann überhaupt positive Folgen für die Wirtschaft erkennen. Ganz andere Töne kommen von den Politikern. Offenbar spielt sich die Debatte über Chancen und Befürchtungen auf zwei Ebenen ab. Die Bürger sehen die Risiken, die Politiker verweisen auf die Chancen. Irgendwo dazwischen stehen die Experten. Zu jedem guten Grund für die Erweiterung kann auf der anderen Seite ein Risiko genannt werden. Von Seiten der Politikern wird argumentiert, dass die Erweiterung die Arbeitsplätze in Deutschland sichert, da jeder zehnte Arbeitsplatz vom Export abhängig ist und durch die Erweiterung des europäischen Binnenmarktes vor allem die Exportländer wie Deutschland profitieren. Dagegen steht die Befürchtung, vor allem der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern, en masse wanderten jetzt die Arbeitsplätze und Fabriken gen Osten und die „Billiglöhner“ und Schwarzarbeiter nach Westen. Genauso verhält es sich beim Thema „Innere Sicherheit“. Positiv wird vermerkt, dass die EU durch die Erweiterung gemeinsam grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen kann. Polizei und Justiz arbeiten zukünftig noch enger zusammen und erhöhen dadurch die Sicherheit aller Unionsbürger. Kritiker hingegen meinen, jetzt werde die Kriminalität grenzenlos. Von der Prostitution über die Korruption bis zur illegalen Immigration werde es keine großen Hemmnisse mehr geben.

Politisch, wirtschaftlich und emotional muss das Zusammenwachsen Europas gelingen, eine Alternative gibt es nicht. Vielleicht fürchten die Deutschen auch nur den Erfolg der neuen EU-Mitglieder. Aber viel schlimmer wäre deren Misserfolg. Dann blieben die Neuen angewiesen auf die Geldtöpfe aus Brüssel, dann blieben dort nicht nur die Löhne, sondern auch die Kaufkraft gering. Die Exportnation Deutschland mit ihren teuren Arbeitsplätzen kann dies nicht wollen: Wohlhabende Nachbarn sind gute Kunden, arme Nachbarn eine hässliche Konkurrenz.

Institutionen der EU

Die soeben vollzogene Europawahl am 13. Juni 2004 hat es vielen wieder ins Bewusstsein gerufen: Was hat das Europäische Parlament zu entscheiden? Wie kann

die EU demokratischer, transparenter und effizienter werden? Wie kann die EU im Bewusstsein der Bürger stärker verankert werden? Welche Zuständigkeiten sollen ausschließlich bei der Europäischen Union, welche bei den Nationalstaaten angesiedelt werden? Wie lässt sich eine europäische Öffentlichkeit herstellen? Wie sollen die Gewichte und Zuständigkeiten zwischen dem EU-Parlament, Ministerrat, Kommission und Europäischem Rat neu verteilt werden? Muss der Reformprozess in eine europäische Verfassung münden? Dennoch: Nachdem am 13. Juni die Wahl zum neuen Europaparlament vollzogen wurde, kann man zum ersten Mal mit Fug und Recht von einer europäischen Union sprechen. Die neue Union enthält zwar noch nicht alle Staaten des Kontinents, aber doch eine Auswahl, die mehr als das westliche Lager des Kalten Krieges vertritt. Das ist ein großer Moment, der seine historische Bedeutung auch dann nicht verliert, wenn man die kommenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Zankereien nüchtern ins Auge fasst. Die Abgeordneten, die sich im Straßburger Parlament versammeln, werden zum ersten Mal nicht nur die halbe, sondern die ganze „Wahrheit“ Europas vertreten, nicht nur die eine Nachkriegsgeschichte, sondern auch die andere. Freilich spricht nichts dafür, dass damit auch jenes überschwängliche Europa-Gefühl entsteht, das in Sonntagsreden vermisst und gefordert wird. Einen europäischen Patriotismus kann es nicht geben; er wäre das Gegenteil von Europa. Das kurz aufgeflamnte Gemeinschaftsgefühl, das Donald Rumsfelds abfällige Rede vom „alten“ Europa auslöste, war vergänglich und im Grunde genommen nur ein Rückfall in den Geist der Ausgrenzung, wie er im Kalten Krieg geübt wurde, nur dass er sich jetzt gegen Amerika richtete.



Im Lichthof des Europaparlaments-Gebäudes in Straßburg

Das EU-Parlament

Das Europaparlament, zu Hause in Straßburg und Brüssel, bestimmt im großen Maße unseren Alltag. Bloß will das kaum einer wahrhaben. Das Parlament hat im Laufe der Jahrzehnte zunehmend Rechte erhalten. Es kann mittlerweile in zentralen

Fragen mitentscheiden und durch ein Misstrauensvotum die Exekutive stürzen. Die Wahlen entsprechen den in Deutschland gültigen Grundsätzen und spiegeln die EU-Parteienlandschaft wider. Die Abgeordneten gehören übernationalen Fraktionen an und überwinden damit teilweise ihre nationale Zugehörigkeit. Dabei wird das nächste Parlament mächtiger sein, auch ohne Verfassung. Europa ein Zirkus – nett aber belanglos? Diese These kann man nicht unwidersprochen stehen lassen. Den neuen Verfassungsentwurf unter Dach und Fach zu bringen, ist eine wesentliche Aufgabe der Staats- und Regierungschefs in der nächsten Zeit. Größere Befugnisse für das Europäische Parlament sind ein zentrales Merkmal des Verfassungsentwurfs. Mit der Aufwertung der Volksvertretung erfüllte der Konvent unter der Leitung von Valérie Giscard d'Estaing den Auftrag, die Europäische Union auf ein festeres demokratisches Fundament zu stellen. Das Europäische Parlament wird gemeinsam mit dem Ministerrat als Gesetzgeber tätig und übt gemeinsam mit ihm die Haushaltsbefugnisse aus. Die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments ist künftig der Regelfall der europäischen Gesetzgebung. Neu ist ein europäisches Bürgerbegehren. Eine Million Bürgerinnen und Bürger aus mehreren Mitgliedsstaaten können mit ihren Unterschriften der Europäischen Kommission Beine machen und sie zu einer Gesetzgebungsinitiative veranlassen. Der Verfassungsentwurf, der vom Europäischen Konvent schon im Juli 2003 vorgelegt wurde, trägt dem Prinzip Rechnung, dass Europa von unten nach oben gebaut werden muss. Die Europa-Wahlen entscheiden über die Zusammensetzung des Parlaments, um das künftige Europa der 25, um wirkliche Machtverhältnisse, um eine gemeinsame Außenpolitik etwa geht es hingegen nicht. Leider wird in vielen Staaten die Europa-Wahl betrachtet als innenpolitische Testwahl oder als günstige Chance zum Abstrafen, die nicht viel kostet. Da wird auf Europa das Modell einer liberalen, partizipativen Demokratie projiziert, an dem man die Politiker so wunderbar messen kann, die aber sonst „null“ interessiert – es sei denn, man kann sich an die Spitze des vermuteten Volkszorns stellen.

Das Euroscola-Projekt – politische Entscheidungsprozesse spielerisch kennen lernen

„Einmal selber Abgeordneter sein!“ – dieser Wunsch kann Schulklassen mit dem Euroscola-Programm des Europäischen Parlaments erfüllt werden. Die Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren erhalten hierbei die Möglichkeit, das Europäische Parlament kennen zu lernen. Ziel des Programms ist es, Schülern aus den Mitgliedslän-

dern einen Besuch des EU-Parlaments in Straßburg oder Brüssel zu ermöglichen. Bei ihrem Besuch werden den Jugendlichen zuerst Grundkenntnisse über die Europäische Integration vermittelt. Im Anschluss daran simulieren die Schüler gemeinsam in Arbeitsgruppen Debatten und Entscheidungsfindungsprozesse im Europäischen Parlament und gewinnen so einen Eindruck von der Arbeit der Abgeordneten. Zum ersten Mal fand in diesem Rahmen auch eine Veranstaltung im Europaparlament in Straßburg statt, an der über 500 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12 aus den katholischen Stiftungsschulen der Erzdiözese Freiburg teilnahmen. Stiftungsdirektor Dietfried Scherer hatte dieses Treffen eingefädelt und zusammen mit dem stellvertretenden Leiter des Straßburger Büros des Europaparlamentes, Otmar Philipp, organisiert. In seiner Begrüßungsrede hob Scherer die Symbolik dieser Veranstaltung hervor. Zwischen dem Gedenken an die Landung der Alliierten vor 60 Jahren in der Normandie und der Europawahl, bei der viele der eingeladenen Schülerinnen und Schüler zum ersten Mal wählen konnten, war dieses Projekt gut platziert. Scherer verwies auch darauf, dass der europäische Gedanke für katholische Schulen selbstverständlicher sei als

Schüler zu Parlamentariern – im großen Plenarsaal



U. Rospleszcz

für andere Schulen, da die katholische Kirche sich immer als übernationale und weltweite Institution begreife und der Verantwortung für die „Eine Welt“ verpflichtet weiß. Er rief die Schülerinnen und Schüler dazu auf, diesen Tag zu nutzen, um sich mit Gleichaltrigen über Europa auszutauschen, um Informationen aus erster Hand zu bekommen und um schließlich als mündige Bürger Europa selbst mitzugestalten.



*Dietfried Scherer, Otmar Philipp,
Anne-Laure Wieger*

Otmar Philipp moderierte am Vormittag die Plenumsitzung, in der er auf die konkreten Aufgaben des Europaparlamentes einging. Man nehme oft nicht bewusst wahr, welche Einflussnahme die EU auf viele öffentlichen Bereiche habe. Beeindruckend war für die Schülerinnen und Schüler der Sitzungssaal mit über 800 Sitzplätzen. Alle EP-Abgeordneten können in ihrer Muttersprache reden; dies bedeutet zur Zeit in elf Sprachen; mit dem sechsten direkt gewählten Parlament werden es sogar 20 verschiedene Sprachen sein. Der Wahlspruch – die „Europäische Union ist in Vielfalt geeint“ – wird durch diese Tatsache deutlich gezeigt. „In Vielfalt geeint“ – das gilt auf der anderen Seite ebenso für die einzelnen Schulen in der Erzdiözese Freiburg, was durch die jeweiligen Schulsprecher deutlich hervorgehoben wurde. Ob reine Mädchenschulen wie im Fall des St. Ursula-Gymnasiums Freiburg oder St. Dominikus Karlsruhe oder ehemalige Klosterschulen wie im Fall der Klosterschule Wald und der Klosterschule zum Heiligen Grab Baden-Baden, ob auch international be-

*Einmarsch der Schüler-Siegerteams
mit den 25 Fahnen der Mitgliedsländer
am Ende des Euroscola-Tages*



*Gruppenbild der Lehrerinnen und Lehrer
der Stiftungsschulen*



suchte Schulen wie das Kolleg St. Blasien oder das St. Raphael Gymnasium Heidelberg, große Schulzentren wie im Fall der Heimschule Lender Sasbach oder der Heimschule St. Landolin Ettenheim, ob die St. Ursula Schule in der Hildastraße Freiburg oder das Ursulinen Gymnasium Mannheim, alle Vorstellungsbeiträge riefen bei den anderen Teilnehmern ein enormes Interesse hervor.

Am Nachmittag hatten die Schülerinnen und Schüler dann die einmalige Gelegenheit, sich in den Arbeitskreisen mit den Jugendlichen aus anderen Schulen auszutauschen, über europäische Fragen zu debattieren und dann eine Entscheidungsfindung zu simulieren und im Plenum vorzutragen. Dort, wo ansonsten große Sprachkompetenz erforderlich ist, in den Arbeitskreisen, hatten die Schülerinnen und Schüler aus den teilnehmenden Schulen der Schulstiftung keine Mühe, sich zu verständigen. Dadurch gab es in den sechs Arbeitskreisen beachtliche Ergebnisse. Die Debatten waren recht kontrovers und die simulierte Entscheidungsfindung wurde von einem vorher bestimmten dreiköpfigen Präsidium vorgestellt und wie bei einer Parlamentssitzung durch elektronische Stimmenabgabe akzeptiert oder verworfen.

Den Höhepunkt bildete zum Abschluss das „Eurogame“, ein Spiel mit Fragen über Europa. Vier Teams hatten sich für das Finale qualifiziert. Bedingung der Zusammensetzung aller Teams war, dass alle vier Mitglieder eines Teams aus vier verschiedenen Schulen kamen. Die Siegerteams aus Ettenheim, Freiburg, Karlsruhe und Wald bekamen die Pokale von Otmar Philipp überreicht. Auch die besten Lehrerteams wurden mit Plaketten ausgezeichnet. Die Europahymne beendete diesen ab-

*Otmar Philipp überreicht Plaketten an die
siegreichen Lehrerteams*



*Pokale für die Sieger der Schüler-
teams beim Eurogame*



wechslungsreichen und interessanten Tag im Europaparlament. Für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler ist Europa keine unbekannte Institution mehr, das gleiche gilt auch für die Institution Schulstiftung. Die Premiere, gemeinsam mit fast allen Stiftungsschulen ein Projekt zu unternehmen, war vollends gelungen.

Literatur:

Anton Egner u.a., Mensch und Politik, Schroedel-Verlag Hannover, 1999, S. 171 ff.
Europäischer Konvent, Verfassung für Europa, Entwurf durch den Europäischen Konvent, 2003.

Gordon A. Craig, Geschichte Europas 1815 – 1980, Verlag C. H. Beck München, 1983.

Praxis Geschichte, Heft März 1993, Westermann-Verlag.

Der Bürger im Staat, Heft 3 / September 1992, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Manfred Dreyer, Europäische Union – Quo vadis?, Politik betrifft uns / Heft 5/ 2001, Bergmoser + Höller Verlag.

Manfred Dreyer, Wahlen 2004, Politik betrifft uns / Heft 2 / 2004, Bergmoser + Höller Verlag.

Konradsblatt, Europa wird größer – ein Themenheft, Nr. 17 vom 25. 4. 2004.

Informationen zur politischen Bildung, Heft Nr. 282, 1. Quartal 2004.

Wochenzeitschrift Der Stern, Heft Nr. 13 – 25 / 2004, Faszination Europa.